

Asiatische Werte und Menschenrechte in der Welt nach dem Kalten Krieg

Mit der Beendigung des Kalten Krieges erhielt das Problem der Menschenrechte an vorderster Stelle Bedeutung auf der internationalen Bühne. Während die Vereinigten Staaten ihren ideologischen Sieg feierten, forderten ostasiatische Staaten das westliche Verständnis von Menschenrechten heraus. Im Raum Asien-Pazifik haben die unterschiedlichen Haltungen der ostasiatischen Regierungen zu den Menschenrechten gegenüber denen des Westens zu Spannungen mit weitgehenden regionalen und globalen Auswirkungen geführt.

Als im Dezember 1990 die Vereinten Nationen (UN) beschlossen, eine Weltkonferenz zu Menschenrechten durchzuführen, schienen die internationalen Bedingungen eine günstige historische Gelegenheit zur Schaffung einer neuen Weltordnung darzustellen, in der die Menschenrechte eine zentrale Rolle spielen würden. Euphorie war allerdings nicht angesagt. Obgleich die globale Konfrontation zwischen dem sowjetischen Block und der westlichen Allianz vorbei war, entwickelten sich regionale und ethnische Konflikte. Unterschiede zwischen den sich entwickelnden Ländern und dem industrialisierten Westen in politischen und ökonomischen Fragen bleiben bestehen und Menschenrechtsfragen wurden zur Ursache internationaler Spannungen.

Anstatt sich auf die Weiterentwicklung eines weltweiten Systems des Schutzes der Menschenrechte auf der Grundlage der liberalen Tradition zu konzentrieren, verstrickten sich die Mitgliedsstaaten der UN in einer Grundsatzdebatte über Menschenrechte. Mehrere asiatische Staaten versuchten, eine Neudefinition des Konzeptes der Menschenrechte zu erreichen, indem sie die Anwendbarkeit von universellen Menschenrechten auf unterschiedliche kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten in Frage stellten. Das regionale, asiatische Vorbereitungstreffen im März/April 1993 in Bangkok gab den asiatischen Regierungen die Gelegenheit, ihre Definition von Menschenrechten kund zu tun. Die Bangkokener Erklärung, von über 40 asiatischen Regierungen unterzeichnet, wies nicht die universellen Menschenrechte zurück. Aber die Erklärung schlug vor, daß die Universalität "im Kontext eines dynamischen und sich entfaltenden Prozesses einer internationalen Normenfestlegung", betrachtet werden sollte, "wobei die Bedeutung von nationalen und regionalen Besonderheiten sowie von verschiedensten historischen, kulturellen und religiösen Hintergründen berücksichtigt wird." Die asiatischen Staaten forderten auch, Entwicklungsfragen mit Menschenrechtsfragen zu verbinden und betonten die Bedeutung der Nichteinmischung.

Die Welt-Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 in Wien wurde schließlich doch nicht zum Kampfplatz zwischen asiatischen und westlichen Regierungen, wie es einige Teilnehmer befürchtet hatten. Trotzdem war die Trennlinie klar: westliche Regierungen kritisierten die Menschenrechtsbedingungen in der Region Asiens und hielten daran fest, daß die universellen Standards der Menschenrechte beachtet werden müßten; ostasiatische Staaten beschuldigten den Westen, Menschenrechte zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu benutzen und nicht die unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen der sich entwickelnden Welt zu berücksichtigen. Die ostasiatische Herausforderung hat allerdings eine neue Dimension angenommen, die über die Frage des reinen Kulturrelativismus hinausgeht, was bereits ausführlich in den vorhandenen Schriften über Menschenrechte abgehandelt worden ist. Diese Auseinandersetzung zwischen Ostasien und dem Westen über Menschenrechte muß auch auf dem Hintergrund der spektakulären Wirtschaftsentwicklung des Raums Asien-Pazifik gesehen werden.

Die Herausbildung des pazifischen Raumes als zentrale Region globaler wirtschaftlicher Aktivitäten hat zu einer intensiven Diskussion darüber geführt, ob eine grundlegende Verschiebung der Weltpolitik stattgefunden hat, die den Anfang einer neuen Epoche

kennzeichnet. Die wachsende Bedeutung des Raums Asien-Pazifik hat auch die Vorstellung aufkommen lassen, daß die Art, in der die ostasiatischen Staaten internationale Beziehungen pflegen, ein pazifisches Paradigma der Zukunft darstellen. Mit der in Mode gekommenen akademischen Debatte über die Bedeutung und die theoretischen Implikationen des "pazifischen Phänomens" unter Politikwissenschaftlern, haben einige ostasiatische Staaten anscheinend die Schlußfolgerung gezogen, daß die ostasiatische Art sich als erfolgreicherer Modell der Entwicklung herausgestellt hat als die westliche. Sie behaupten, daß ihr politisches System und ihre Wirtschaftspolitik besser seien als die westlichen Politikmodelle und daß sie "eine alternative Vision der benötigten Werte für eine bessere Welt" anbieten könnten.

Westliche Werte scheinen auf Kollisionskurs mit asiatischen Traditionen und ökonomischen Prioritäten in der Art eines "Zusammenpralls von Zivilisationen" zu stehen. Wie weit können die Interpretationen von Menschenrechten in der heutigen Welt auseinanderfallen? Haben Menschenrechts-Differenzen zwischen dem industrialisierten Norden und dem sich entwickelnden Süden die ideologische Ost-West Konfrontation als Hauptursache für internationale Konflikte abgelöst? Können die Differenzen dabei zwischen den ostasiatischen Ländern und den Westen gelöst werden?

Menschenrechte nach dem Kalten Krieg

Seit dem Ende der Zweiten Weltkriege standen immer wieder Menschenrechtsfragen auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Der Holocaust in Europa und die japanischen Kriegsverbrechen in Asien gaben den Anstoß für die Einrichtung eines Systems des Schutzes der Menschenrechte in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Die Annahme der universellen Menschenrechtserklärung 1948 war das Resultat eines internationalen Bekenntnisses zum Schutz der Menschenrechte.

Der Schutz der Menschenrechte in den verschiedenen Teilen der Welt stellte sich allerdings als ungleicher Prozeß während des letzten halben Jahrhunderts dar. Das europäische System, welches als Vollzugssystem bezeichnet wird, ist am meisten entwickelt, mit umfassender Wirkung und hoch entwickelten Mechanismen und Verfahren sowie weitgehender Durchsetzung auf nationaler Ebene. In anderen Regionen wurden ebenfalls Menschenrechts-Vereinbarungen getroffen mit Ausnahme in Asien, wo keinerlei regionale Systeme zum Schutz der Menschenrechte existieren.

In den vergangenen vier Jahrzehnten wurde die Menschenrechtsdebatte häufig aufgrund der Politik des Kalten Krieges ideologisiert. Westliche Kritiken an Menschenrechtsverletzungen richteten sich hauptsächlich gegen kommunistische Staaten und übersahen geflissentlich die Menschenrechtsverletzungen von autoritären, antikommunistischen Regimen. Hinzu kam, daß Antikolonialismus, der Kampf für nationale Unabhängigkeit und nationaler Aufbau im Mittelpunkt der politischen Bestrebungen in einer erst neu von westlicher Kolonialherrschaft befreiten Region standen. Den Menschenrechten wurde von den asiatischen Staaten nur eine geringe Bedeutung beigemessen, die ihre Energie in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Schaffung einer nationalen Identität steckten. Die Konfrontation im Kalten Krieg und der

Kampf um Unabhängigkeit haben somit die Behandlung der Menschenrechte in Asien über 40 Jahre lang geprägt.

Das Ende des Kalten Krieges führte zu wichtigen Veränderungen in den internationalen Beziehungen im Raum Asien-Pazifik, die sich allerdings sehr von denen in Europa unterscheiden. Nachkolonialer Nationalismus, kulturelle Differenzen und historisch begründete Konkurrenz hatten während des Kalten Krieges die Politik in der Region immer kompliziert gemacht. Der sowjetische Kommunismus hatte in Asien nicht so eine große Rolle gespielt. Die chinesisch-sowjetischen Gegensätze und andere Konflikte zwischen den kommunistischen Staaten verhinderten die Herausbildung eines pro-sowjetischen Blocks. Die US-Politik der Eindämmung war auf einer Reihe von bilateralen Sicherheitsvereinbarungen aufgebaut im Gegensatz zu dem zentralen Verteidigungspakt der NATO in Europa. Die weltweite, bipolare Konkurrenz ermöglichte eine Berechenbarkeit und verdeckte regionale Konflikte und Differenzen über Fragen wie die Menschenrechte.

Mit dem innenpolitischen Druck auf westliche Regierungen, sich für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Ostasien einzusetzen, wächst die Unsicherheit und die Besorgnis über die Rolle der USA im Raum Asien-Pazifik. Das Ende der Blockkonfrontation beendete den Einfluß des globalen Machtkampfes auf die internationalen Beziehungen in der Region. Die andauernde Konfrontation zwischen Nord- und Südkorea und der VR China und Taiwan sowie Konflikte über umstrittene Territorien wurden zu den zentralen Problemen in der Region. Auf längere Sicht sind viele asiatischen Staaten besorgt darüber, daß die Verringerung der US-Militärpräsenz zu einem Kampf um Vorherrschaft über Ostasien und zu anderen, neuen Formen regionaler Konflikte führen wird.

Differenzen über Menschenrechte zwischen ostasiatischen Staaten und den USA kann die amerikanische Politik gegenüber dem Raum Ostasien mit weitgehenden Konsequenzen beeinflussen. Der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus kam zu einem Zeitpunkt, als die ostasiatischen Staaten aufgrund ihrer politischen und ökonomischen Potenzen international schon selbstbewußter auftraten. Menschenrechtsfragen haben bereits die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und ostasiatischen Ländern wie der VR China komplizierter gemacht. Konflikte über Menschenrechtsfragen werden auch Einfluß auf die regionale Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung haben.

Eine andere Dimension ist die veränderte innenpolitische Situation in Bezug auf Menschenrechte in vielen ostasiatischen Staaten. Die erneute internationale Diskussion über Menschenrechte geht einher mit einer wesentlich deutlicheren innenpolitischen Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte innerhalb der Region, die durch soziale, ökonomisch und politische Veränderungen in den Ländern entstand. Regionale und nationale Nichtregierungsorganisationen sind weitaus nachdrücklicher in ihren Forderungen nach der Einhaltung von Menschenrechten geworden.

In einer Region, die von autoritären Regimen dominiert wurde, fanden in den letzten 10 Jahren in Ländern wie Südkorea, Taiwan und den Philippinen bemerkenswerte Veränderungen der politischen Strukturen statt. Diese "neuen liberalisierten Staaten" versuchen eine pluralistischere Politik und sind empfänglicher für innenpolitische Forderungen nach Menschenrechten. In einigen anderen ostasiatischen Staaten hingegen hat der wirtschaftliche Erfolg zu keinerlei politischer Liberalisierung geführt. Ein Land wie China hat seit den später 70er Jahren dramatisch Veränderungen erlebt, aber die Reaktion des Staates auf die sich ändernden ökonomischen und sozialen Bedingungen war eine stärker Selbstbehauptung, was zu einer Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung und der strengeren politischen Kontrolle führte.

Internationaler Druck auf ostasiatische Staaten in Menschenrechtsfragen wurde von diesen als Versuch, ihre politische Position zu unterlaufen und damit als Bedrohung des Regimes, interpretiert. Differenzen in Menschenrechtsfragen zwischen der westlichen Welt und ostasiatischen Ländern können somit zu einem wesentlichen Grund für Spannungen werden, die ein Problem bei den Bemühungen um eine regionale Sicherheitsstruktur und für eine

bessere regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit darstellen.

Die ostasiatische Herausforderung

Der bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolg einer Reihe von ostasiatischen Ländern seit Mitte der 60er Jahre wird häufig mit staatlicher Lenkung in Verbindung gebracht. Die Weltbank hat den Zusammenhang zwischen Regierungspolitik und dem spektakulärem Wirtschaftswachstum von acht Ländern - Japan, Hongkong, Südkorea, Singapur, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand und China - in der Region untersucht. Sie werden von der Weltbank als erfolgreiche asiatischen Volkswirtschaften bezeichnet, die kontinuierlich seit den 60er Jahren erfolgreicher als jede andere Staatengruppe sind. Neben einer Reihe von grundlegenden ökonomischen Faktoren, die verantwortlich für diese phänomenale ostasiatische Erfolgsgeschichte sind, stellen die Forscher der Weltbankstudie eine systematische Regierungsintervention zur Förderung der Entwicklung fest. Ein weiteres Merkmal der ostasiatischen "Wunder" ist, daß mit dem Wirtschaftserfolg die Ungleichheit abgenommen hat. Die Lebensbedingungen der Menschen haben sich als Folge einer Strategie des "geteilten ökonomischen Wachstums" erheblich verbessert.

Die Rolle des Staates in der Ausrichtung der Wirtschaft in den meisten erfolgreichen Volkswirtschaften Ostasiens bedeute eine Herausforderung an die liberalistische Annahme, daß der Staat sich neutral im Wirtschaftsleben zu verhalten hätte. Eine akademische Debatte über die Rolle des Staates ist den politischen Eliten der Region jedoch gleichgültig. Sie glauben, die Formel für den Erfolg ist gefunden. Sie gehen davon aus, daß politische Stabilität, aufrecht erhalten durch eine starke und dominierende, aber kompetente Regierung, die sich für eine wachstumsorientierte Entwicklung stark macht, der beste Weg vorwärts sei. Die ostasiatischen Staaten treten entschlossener bei der Verteidigung ihrer politischen Macht und ihrer sonstigen Behandlung von Menschenrechtsproblemen auf.

Die ostasiatische Herausforderung kann man unter kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten sehen. Auf kultureller Ebene wird festgestellt, daß ein westlich orientierter Ansatz die besonderen kulturellen und historischen Gegebenheiten asiatischer Gesellschaften leugnet, deren Interpretation der Menschenrechte sich von der westlichen Tradition unterscheidet. Auf wirtschaftlicher Ebene steht die Beseitigung der Armut in asiatischen Gesellschaften an erster Stelle, d.h. das Recht zu überleben kommt zuerst. Auf politischer Ebene wird vorgeworfen, daß die westlichen politischen Modelle nicht angemessen für asiatische Gesellschaften sind, und argumentiert, daß politische Stabilität unter der fähigen Führung einer guten Regierung viel wichtiger sei. Auch werden die Motive des Westens in Frage gestellt und ihm wird dabei eine Doppelmoral vorgeworfen. Die Menschenrechte werden lediglich als Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher und Sicherheitsinteressen benutzt. Die westliche Menschenrechtspolitik wird als "verdeckte Machtpolitik" gesehen.

Allerdings ist eine solche Betrachtung auch ziemlich eingeschränkt. Der wachsende Druck auf die Haltung der ostasiatischen Länder zu den Menschenrechten kommt nicht nur von westlichen Regierungen und internationalen oder regionalen Bürgergruppen. Die wachsende Bedeutung von internationalen Institutionen und Forderung nach einem besseren Schutz der Menschenrechte im Raum Asien sind wichtige Bestandteile im gegenwärtigen Verständnis der Menschenrechte. Den augenblicklichen internationalen Konflikt über Menschenrechtsprobleme im Raum Asien-Pazifik auf den Gegensatz zwischen dem Raum Ostasien und dem Westen zu reduzieren, vereinfacht die zunehmende Komplexität der heutigen internationalen Beziehungen.

Ein alternativer regionaler Ansatz?

In der internationalen Debatte um Menschenrechte werden die ostasiatischen Staaten von der Staatengemeinschaft kritisch untersucht. Trotz gewisser Berechtigung für eine unterschiedliche Inter-

pretation der Menschenrechte sind die ostasiatischen Staaten in der Defensive.

Die Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, auf welche viele asiatische Regierungen so großen Wert legen, wenn die Menschenrechtsbedingungen gemessen werden, wird in weiten Kreisen akzeptiert. In einer Untersuchung des UN Zentrums für Menschenrechte wird Armut als wichtigstes Hindernis zur Durchsetzung von Menschenrechten gesehen. Die asiatischen Regierungen stehen nicht allein mit ihrer Forderung nach angemessener Berücksichtigung von ökonomischen Rechten.

Aus dieser Debatte sind die ostasiatischen Staaten allerdings nicht siegreich hervorgegangen. Trotz ihrer berechtigten Betonung von Entwicklung und kulturellen Unterschieden, haben sie ihre eigene Politik der Unterdrückung gegenüber Forderungen nach Menschenrechten nicht rechtfertigen können. Ebenso können sie ihren Anspruch nicht rechtfertigen, daß sie die einzigen Vertreter der Gesellschaften sind, die über die Menschenrechts-Standards zu entscheiden hätten. Viele Menschenrechtsaktivisten halten "Entwicklung" für ein berechtigtes Menschenrechtsanliegen in Entwicklungsländern, stellen aber fest, daß häufig die Entwicklungspolitik solcher Länder zu Ursachen von Menschenrechtsverletzungen werden, wenn etwa Menschen gezwungen werden, Entwicklungsprojekten zu weichen oder sie dadurch ihre Lebensgrundlage verlieren.

Trotz des wirtschaftlichen Erfolges vieler asiatischer Länder fällt in vielen Teilen der Region das Machtverhältnis zwischen dem Staat und der Bevölkerung überwiegend zu Gunsten des Staates aus. Viele ostasiatische Regierungen sind somit unmittelbar für die Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern verantwortlich. Die Menschenrechtssituation in vielen ostasiatischen Ländern wird von internationalen Menschenrechtsorganisationen als kritisch und schlecht eingestuft. Die Regierungen sind nicht nur bekannt für die schlechte Menschenrechtssituation in ihren Ländern, sondern auch für ihre Weigerung, internationale Menschenrechtskonventionen anzuerkennen. Trotz der wachsenden Bedeutung der Menschenrechte in der Weltpolitik haben Länder wie China, Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand die Internationalen Konventionen über bürgerliche und politische Rechte sowie die über soziale und kulturelle Rechte nicht unterschrieben.

Die internationale Meinung und der Druck von außen auf die Menschenrechtsentwicklung in Asien hat aus unterschiedlichen Gründen verschiedene Auswirkungen gehabt. Die Versuche der USA, die Menschenrechtssituation in anderen Ländern zu verändern, werden meist übertrieben. Während des Kalten Krieges waren den USA die Ziele ihrer Sicherheitspolitik wichtiger als die Wahrung der Menschenrechte. So wurden der Menschenrechtssituation in China von den USA in den 70er Jahren wegen der stillschweigenden strategischen Allianz gegen die Sowjetunion nur geringe Bedeutung beigemessen. Die Menschenrechtspolitik der USA wurde in Asien lediglich als gegen kommunistische Staaten gerichtet gesehen und in vielen Hauptstädten Asiens für scheinheilig gehalten.

Seit Ende des Kalten Krieges haben viele ostasiatische Staaten zunehmend eine kompromißlose Haltung in der Auseinandersetzung um Menschenrechte mit dem Westen eingenommen und einige verweigern Menschenrechtsorganisationen die Betätigung im eigenen Land. Sie gehen meist erbarmungslos mit politischen Dissidenten um, die sie als Gefährdung für die Stabilität ihres Regimes betrachten.

Aber der Druck von außen hat sich auch auf die Formulierung von Regierungspolitik und die Menschenrechtsdebatte in der Region ausgewirkt. So hielt es die japanische Regierung aufgrund des westlichen Drucks für nötig, gegenüber China nach der Tiananmen-Tragödie 1989 eine härtere Gangart einzulegen, trotz intuitiver Neigung zu einer freundschaftlichen politischen Beziehung zu dem riesigen Nachbarn. Selbst Staaten wie China finden es schwierig, Menschenrechtsfragen zu ignorieren und machten eine Kursänderung, indem sie die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Menschenrechten förderten. Solch staatliche Förderung in der Volksrepublik China ist im wesentlichen eine di-

rechte Antwort auf die westliche Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen nach dem Tiananmen-Zwischenfall 1989.

Hinzu kommt, daß politische Liberalisierung in einigen ostasiatischen Staaten wie in den Philippinen, in Südkorea, Taiwan und Thailand seit den 80er Jahren die Regierungen zu größerer Rechenschaftspflicht zwangen. Sie sind bereitwilliger geworden, sich mit den Menschenrechtsproblemen ihres Landes auseinanderzusetzen und schaffen damit bessere Bedingungen für eine regionale Zusammenarbeit im Menschenrechtsschutz.

Es können somit zwei gegenläufige Tendenzen zu Menschenrechtsproblemen beobachtet werden. Erstens: Eine Intensivierung der internationalen Beachtung von Menschenrechten findet mit der Transformation der Weltpolitik statt, die eine neue und friedliche Regionalordnung im Raum Asien-Pazifik ermöglicht. Der wirtschaftliche Erfolg vieler ostasiatischer Staaten hat auch zu gefestigten internationalen Beziehungen sowohl über den Pazifik hinweg wie innerhalb Ostasiens geführt, die eine Grundlage für andere Formen von Sicherheitsvereinbarungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit auch im multilateralen Rahmen zwischen Staaten des Westens und Asiens darstellen. Zweitens: Die guten wirtschaftlichen Bedingungen in den ostasiatischen Staaten und der Liberalisierungsprozeß findet zur gleichen Zeit statt, während die politische Herrschaft des Staatsapparates übermächtig und systematisch erhalten bleibt sowie weiterhin eklatante Menschenrechtsverletzungen zu beklagen sind. Selbst in den "sich neu liberalisierenden Staaten" sind Menschenrechtsverletzungen offensichtlich nicht über Nacht verschwunden. Hinzu kommt, daß die raschen wirtschaftlichen Veränderungen in der Region auf staatliche Wirtschaftspolitik zurückzuführen sind, die marktwirtschaftlich orientiert ist. Solche Entwicklungen haben in einigen Fällen die staatliche Macht geschwächt, in anderen neue soziale und wirtschaftliche Probleme mit Menschenrechtsproblemen geschaffen.

Die Rolle von internationaler Intervention bei Menschenrechtsproblemen ist umstritten. Die internationale Staatengemeinschaft muß den Ländern helfen, die unter Auswirkungen von Naturkatastrophen oder Krieg leiden, wenn die individuellen Rechte durch kriegsführenden Parteien oder Regierungen verletzt werden. Die Notwendigkeit von humanitären Hilfsprogrammen stützen zum Beispiel die Forderung nach einer flexibleren Auslegung von Souveränität. Staaten, die die Menschenrechte beachten und für ein menschliches Wohlergehen sorgen, können eher ein starker und fester Pfeiler im Staatensystem sein.

Die ostasiatischen Staaten haben bisher keinerlei überzeugende alternative Ansätze geliefert, wenn sie sich auf keine internationale Einmischung zum Schutz der Menschenrechte in der Region einlassen wollen, weil sie sie als Versuche westlicher Länder zur Durchsetzung ihrer Standards, die nicht im Einklang mit asiatischen Traditionen und Realitäten sind, sehen. Internationale Beziehungen im Raum Asien-Pazifik sind nicht so institutionalisiert wie in Europa und es gibt kein regionales Forum zur Diskussion von Menschenrechtsfragen. Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung in der Region ermöglichte einen institutionalisierten Rahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf Nichtregierungs- wie auch auf Regierungsebene, wie z.B. APEC. Aber die Aussichten, daß solche Organisationen die Grundlagen zur Entwicklung eines Menschenrechtsdialogs darstellen könnten, sehen zur Zeit nicht vielversprechend aus, wenn auch das Thema Menschenrechte durch solche Foren in der Diskussion bleibt.

Regionale Menschenrechtsvereinbarungen

Die Größe Asiens und die komplexen kulturellen Unterschiede der Region erschweren einen regionalen Ansatz. Vorschläge für ein regionales Menschenrechtssystem wurden immer wieder von asiatischen Regierungen abgelehnt. Bereits 1964 auf einer UN-Tagung über Menschenrechte in Entwicklungsländern in Kabul wurde darüber diskutiert, eine asiatische Menschenrechtskonvention zu entwerfen. Der Gedanke fand Unterstützung auf der Südostasien- und

Pazifik-Juristenkonferenz in Bangkok 1965. Die Philippinen schlugen dem UN-Menschenrechtskomitee 1967 vor, daß regionale Komitees dort eingerichtet werden sollten, wo es noch keine gab. Zwar wurden in anderen Teilen der Welt solche Komitees eingerichtet, aber in Asien fand dieser Vorschlag kaum Unterstützung.

Auf einer weiteren UN-Menschenrechtstagung in Colombo 1982 traten die Vertreter asiatischer Regierung ebenfalls nicht für die Bildung einer asiatischen Menschenrechtskommission ein. Diejenigen, die für einen globalen Ansatz waren, befürchteten, daß ein regionaler Rahmen in einer Region mit so vielen autoritären Regimen eine Gefahr für die Sache der Menschenrechte bedeuten könnte, denn sie würden von den Vertretern solcher Regime majorisiert werden können.

Aber trotz der Unterschiede gibt es insbesondere seit Ende des Kalten Krieges auch eine Reihe gemeinsamer Interessen zwischen einigen Staaten Asiens gegenüber dem Westen. Die wachsende Bedeutung von Menschenrechten in der internationalen Politik zwingt die ostasiatischen Staaten ihre Art der Behandlung von Menschenrechtsfragen zu überdenken. So haben beispielsweise die ASEAN-Staaten versucht, einen alternativen Ansatz zur Behandlung von Menschenrechten zu entwickeln. Im Juli 1992 legten verschiedene "think-tanks" der ASEAN-Länder, die Institutes for Strategic and International Studies (ISIS), den ASEAN-Ministern bei ihrem Treffen in Manila eine gemeinsame Note vor, welche einige Leitprinzipien zur Behandlung von Menschenrechtsfragen vorschlug, die Argumente zur situativen Besonderheit und zu umfassenden Menschenrechten beinhalteten. Die Vorlage bevorzugte allerdings auch ein kooperatives gegenüber konfliktorientiertem Vorgehen und sprach sich für eine überparteiliche internationale Überwachungsorganisation mit umfassenden Werten aus. Auch sollte ASEAN die Gründung einer ASEAN-Menschenrechtskommission prüfen, denn eine solche Einrichtung ermögliche es, eine Menschenrechtspolitik zu entwickeln und zu formulieren, die in Einklang mit den besonderen historischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten stehen. Eine solche Kommission könnte auch Embryo oder Katalysator für eine Kommission für den Raum Asien-Pazifik oder selbst ganz Asien sein.

Fehlt bislang hinsichtlich der Etablierung eines regionalen Systems des Menschenrechtsschutzes im asiatisch-pazifischen Raum noch die Unterstützung von Regierungsseite, so trifft diese Bemerkung nicht für die regierungsungebundenen Gruppen zu. In der Tat haben die Nichtregierungsorganisationen (NROs) die meisten Initiativen zum Menschenrechtsschutz in der Region unternommen. Seit den 70er Jahren sind sie in dieser Hinsicht immer aktiver geworden. Nach Worten eines Beobachters sind die asiatischen NROs heute "zahlreicher, besser organisiert und offener als jemals zuvor." Die meisten der NROs sind nationale Organisationen, einige besitzen jedoch eine regionale Reichweite.

Beispiele für solche NROs sind Lawasia, die Rechtsvereinigung für Asien und Pazifik, die in Bangkok gegründete asiatische Koalition der Menschenrechtsorganisationen, der regionale Menschenrechtsrat in Asien, die asiatische Menschenrechtskommission sowie das 1983 in Hongkong gegründete asiatische Zentrum für rechtliche Beihilfe. Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig. Die beträchtliche Anzahl an NROs, die 1993 an der Bangkokener NRO-Konferenz teilnahmen, ist ein weiteres Indiz für das große Interesse an Menschenrechtsfragen auf regionaler Ebene. Doch unterscheiden sich diese Gruppen hinsichtlich der Ziele und Reichweite ihrer Aktivitäten. Das asiatisch-pazifische Forum für Frauen, Recht und Entwicklung betont beispielsweise stärker Frauenfragen, die asiatische Studentenvereinigung beschäftigt sich mit studentenspezifischen Problemen. Auch gibt es große Unterschiede in der Ressourcenausstattung. Alle sind jedoch mit dem Schutz der Menschenrechte auf regionaler Ebene befaßt.

Die von NROs unterbreiteten Vorschläge zur Entwicklung von regionalen Menschenrechtsschutzarrangements können in drei Kategorien unterteilt werden. (1) Ein Idealmodell, das durch ein umfassendes, hochgradig institutionalisiertes Menschenrechtssystem charakterisiert ist, vervollkommenet durch eine Men-

schensrechtskonvention sowie Monitoring-, Untersuchungs- und Durchsetzungsmechanismen. (2) Ein stärker handlungsorientiertes Modell, welches auf die Koordinierung von Menschenrechtskampagnen und die Organisation regionaler Aktivitäten zum Menschenrechtsschutz abstellt. (3) Die dritte Kategorie bezieht sich auf Vorschläge zur Einrichtung von Institutionen zum Schutz von Menschenrechten, die sich auf Forschung und Informationsaustausch konzentrieren und unterschiedliche Grade der Institutionalisierung aufweisen.

Bereits 1968 empfahl die Internationale Kommission der Juristen die Einrichtung eines dem Idealmodell entsprechenden asiatisch-pazifischen Rats. Amnesty International diskutierte 1976 auf seiner ersten Pazifik-Regionalkonferenz in Japan ebenfalls die Möglichkeit eines regionalen Apparates zum Schutz der Menschenrechte. Japanische NROs haben in den 80er Jahren ihre diesbezügliche Unterstützung fortgesetzt.

Unter den asiatischen NROs hat insbesondere Lawasia konkrete Vorschläge für regionale Menschenrechtsinstitutionen unterbreitet. Lawasia hat zehn Grundprinzipien über Menschenrechte sowie ein Modell einer Pazifischen Charter der Menschenrechte verfaßt. 1988 empfahl die Organisation die Einrichtung einer regionalen Forschungsinstitution, die neben der Forschung auch Ausbildungs-, Monitoring- sowie Informations- und Aufklärungsarbeit leisten sollte.

Das handlungsorientierte Modell ist von Menschenrechtsaktivisten aufgegriffen worden, um eine Koordinierung ihrer Anstrengungen zu erreichen und asiatische Angelegenheiten besser auf großen internationalen Foren vorbringen zu können. Die diesbezüglichen Anstrengungen trugen bereits in Bangkok und im Juni 1993 in Wien Früchte. In Wien galt die Delegation der asiatischen NROs als die am besten organisierte und war mit 270 Repräsentanten die zweitgrößte nach West-Europa. 1994 wurde in Bangkok eine neue, den Informationsaustausch unter den asiatischen NROs erleichternde sogenannte "facilitating group" geschaffen, um die Grundlage für regionale Menschenrechtskampagnen und Aktivitäten zu verbreitern.

Die auf Informationen und forschungsorientierte Institutionen ausgerichtete dritte Kategorie ist mit den beiden Genannten eng verbunden. Der Austausch von und Zugriff auf Informationen über Menschenrechtsverletzungen in der Region ist Voraussetzung zur Entwicklung eines rechtlichen Schutzrahmens oder einer handlungsorientierten Kampagne auf regionaler Ebene. Mehrere japanische NROs haben Vorschläge zur Einrichtung eines asiatisch-pazifischen Menschenrechtsinformationszentrums unterbreitet.

In Hongkong trafen sich im September 1993 unter anderem auf Einladung von HURIDOCS (Human Rights Information and Documentation System International) Repräsentanten von neun Menschenrechts-Dokumentationszentren aus acht Ländern, um über den Informationsaustausch und die Vernetzung fördernde Initiativen zu diskutieren. Die Teilnehmer kamen überein, eine zentrale regionale Anrufstelle "HURIDOCS Asia" einzurichten und sich für eine Ausbreitung des HURIDOCS Standards zur Aufzeichnung von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Außerdem verständigte man sich auf eine Pilotstudie, die technische Einzelheiten eines computergestützten Informationsaustausches klären sollte.

Das idealtypische Modell bietet einen möglichen, auf den globalen Prozeß basierenden Entwicklungsansatz an, ohne auf sofortige Lösungen hinsichtlich bestehender Probleme zu achten. Das handlungsorientierte Modell ist eine Fortführung der bestehenden Aktivitäten von Menschenrechtsbefürwortern, wenn auch besser koordiniert, und dürfte mehr Druck auf die Regierungen in der Region ausüben. Es ist jedoch nicht besonders institutionalisiert und würde wahrscheinlich eher ad hoc auf dringende Situationen und Sonderfälle reagieren als das erste Modell. Die Kategorie "Forschung und Information" ist eindeutig kein Ersatz für eine langfristige Vision eines Menschenrechtssystems oder für einen konkreten Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte. Immerhin haben asiatische NROs akzeptiert, das man sich der Proble-

matik der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen sowie des Austausches zwischen den verschiedenen Organisationen hierüber annehmen muß.

Das Problem des Monitoring

Versuche der "United Nations Development Agency" (UNDA), die einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer Menschenrechtssituation nach den Ergebnissen des Berichts zur menschlichen Entwicklung in eine Rangfolge einzuordnen, stießen auf Entrüstung. Viele der Entwicklungsländer kritisierten dieses Vorgehen als auf westlichen Wertvorstellungen beruhend, und damit als einseitig. Bislang haben jedoch weder asiatische Regierungen noch asiatische NROs eigene, regelmäßig erscheinende und umfassende Berichte zur Menschenrechtssituation in der Region herausgegeben. Sicherlich sind das Monitoring und Bewerten von Menschenrechtsverletzungen komplizierte Aufgaben, doch ist das Fehlen von, die sozio-ökonomische Dimension inkorporierender Daten ein Hindernis zur Entwicklung eines Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte in der Region.

Die Entwicklung eines asiatischen Ansatzes zum Menschenrechtsschutz erfordert eine Klärung des Verständnisses über das Konzept der Menschenrechte im asiatischen Kontext sowie größeres Wissen bezüglich der Messung von Menschenrechtsstandards und der Formulierung geeigneter Indikatoren. Während viele Menschen in Asien die Unteilbarkeit der politischen und bürgerlichen sowie ökonomischen und sozialen Rechte akzeptieren würden, gibt es bislang keinen umfassenden Überblick, wie solche Konzepte im ostasiatischen Kontext angewandt werden können. Die Konzeptualisierung der Menschenrechte in einem regionalen und kulturspezifischen Zusammenhang bleibt sehr problematisch, die Etablierung eines regionalen Menschenrechtsschutzmechanismus schwierig. Doch haben die Anstrengungen hinsichtlich der Entwicklung von Informationszentren bzw. Netzwerken, bessere Kapazitäten der Datensammlung und die Förderung eines regionalen Informationsaustausches dazu beigetragen, das eine Art "principled issue-networks on human rights" entstanden sind. Solche durch ihre transnationale Natur gekennzeichneten Netzwerke werden zu einem größeren Schutz der Menschenrechte in der Region beitragen.

Schlussfolgerungen

Es gibt keine schnellen Lösungen zur Regelung des Menschenrechtskonflikts zwischen den industrialisierten westlichen Ländern und den asiatischen Staaten. Der Beitrag befaßt sich mit der prinzipiellen Frage, inwieweit eine Einbeziehung der östlichen Sichtweise der Menschenrechte der Entwicklung des Menschenrechtsschutzes dienlich bzw. förderlich ist. Das Verständnis gegenüber Menschenrechtsthemen wird vor dem Hintergrund der spezifischen ökonomischen und sozialen Bedingungen in der Region möglicherweise revidiert werden müssen.

Die Konflikte zwischen Ostasien und Europa basieren nicht vollständig auf unterschiedlichen Interpretationen über Men-

schenrechtsstandards und der internationalen Politik; sie entstehen auch infolge unterschiedlicher Verhältnisse von Staat, Gesellschaft und Macht in Ostasien und im Westen. Solange keine dramatischen politischen Veränderungen in der asiatisch-pazifischen Region stattfinden, werden unterschiedliche Interpretationen sowie Gewichtungen von Menschenrechtsstandards und Werten eine Quelle für internationale Konflikte und Spannungen bleiben.

Die asiatisch-pazifische Region hat eindeutig das Potential zur Entwicklung eines Systems zum Schutz von Menschenrechten. Wirtschaftliche Entwicklungsprozesse haben in vielen ost- und südostasiatischen Staaten wohlhabende Gesellschaften entstehen lassen. Die Lebensstandards sowie die sozio-ökonomischen Bedingungen in einem Teil der Region haben die in der industrialisierten Welt eingeholt. Die politischen Beziehungen in der Region orientieren sich nicht länger an der Trennungslinie von Kapitalismus und Kommunismus. Ökonomische Verbindungen und gemeinsame politische Interessen in der Zeit nach dem Kalten Krieg erleichtern möglicherweise eine engere Interaktion zwischen den asiatischen Staaten. In der Tat haben regionale Sicherheitsinteressen zu einer Reihe von Initiativen hinsichtlich der Einrichtung regionaler Sicherheitsarrangements und intraregionale ökonomische Aktivitäten zu stärker institutionalisierten Formen inter-gouvernementaler Wirtschaftsorganisationen geführt.

Wichtige politische, ökonomische und soziale Veränderungen zwingen ostasiatische Staaten auch dazu, ihre Position zu eigenen Menschenrechtsproblemen zu überprüfen. Verbesserungen der Menschenrechtsstandards in Ostasien erfordern unter anderem ein größeres soziales Bewußtsein, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und weitere fundamentale politische Änderungen. Anstrengungen in Richtung der Entwicklung eines größeren Sinns für Gemeinschaftsvorhaben zum Menschenrechtsschutz, Förderung der politischen Liberalisierung und der Einrichtung weiterer Kanäle einer institutionalisierten Regionalkooperation sowie die Förderung eines erhöhten Bewußtseins können sicherlich zum Abbau internationaler Spannungen über Menschenrechte beitragen und ein günstigeres Klima für den Menschenrechtsschutz schaffen. Eine regionale Alternative wird jedoch erst dann entstehen, wenn nicht nur ein Bewußtsein über unterschiedliche regionale Bedingungen existiert, sondern auch ein genuines Engagement im Dienste des Menschenrechtsschutzes.

Wachsende ökonomische Prosperität in Ostasien wird für größeren Druck hinsichtlich der Menschenrechtsverbesserungen führen mit möglichen Folgen für die Stabilität in einigen Ländern wie in der Region als Ganzes. Ostasiatische Regierungen ignorieren Menschenrechte auf eigene Gefahr.

James T.H. Tang

(Der Verfasser ist Dozent für internationale Politik an der University of Hong Kong. Redaktionelle Bearbeitung und Kürzung von Peter Franke. Übersetzung von Peter Franke und Martin Peter Houscht).

Eine Kritik des westlichen Essentialismus*

Das östliche Verständnis von Menschenrechten als Instrument neokolonialer Intervention

Ich bin eingeladen worden, über das Thema "Westliches Menschenrechts- und Werteverständnis als neokoloniales Interventionsinstrument" zu sprechen. Für mich enthält diese Aussage bestimmte Voraussetzungen und Prämissen, die meines Erachtens weiter hinterfragt werden müssen.

Der vorherrschende Modetrend ist die Charakterisierung der Debatte zwischen Ost und West über die Frage von Menschenrechten

und Werten in Begrifflichkeiten, die den "universalistischen" Westen dem "partikularistischen, essentialistischen" Osten gegenüberstellen. Die Medien haben alles daran gesetzt, uns diese Wahrnehmung durch die regelmäßige Berichterstattung über die Unnachgiebigkeit vieler Eliten in Asien und in der Dritten Welt einzuflößen, die sich weigern, auf Forderungen von westlichen Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) einzugehen. Traurigerweise